



Antrag

der Fraktion der FDP

Unterrichtsversorgung und Lehrerbildung im Fach Musik

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hält es für erforderlich, zur Sicherung der Unterrichtsversorgung im Fach Musik zusätzliche Angebote im Bereich der Lehrerbildung zu schaffen.

Neben der bereits bestehenden Möglichkeit, die Befähigung für Lehrämter im Fach Musik in grundständigen Studiengängen an der Musikhochschule Lübeck und an der Universität Flensburg zu erlangen, soll künftig im Rahmen einer mit entsprechenden Zertifikaten abgeschlossenen Zusatzausbildung Lehrkräften, die bereits im Schuldienst tätig sind, an den den genannten Hochschulstandorten des Landes der Erwerb einer entsprechenden Zusatzqualifikation ermöglicht werden.

Zur November-Tagung erwartet der Landtag einen Bericht der Landesregierung über die Umsetzung dieses Zieles.

Begründung:

Aus der in der vergangenen Wahlperiode von der Landesregierung vorgelegten Antwort auf die Große Anfrage „Musikunterricht und Musikerziehung in Schleswig-Holstein – Entwicklung seit 1988 und Perspektiven,, (Drucksache 14/388) geht hervor, dass Musikunterricht an schleswig-holsteinischen Schulen zu erheblichen Teilen durch Lehrkräfte erteilt wird, die dieses Unterrichtsfach als sogenanntes „Neigungsfach,, unterrichten, d.h. ohne abgeschlossenes Fachstudium im Lehramt Musik. Für die Grund- und Hauptschulen bezifferte die Landesregierung die Zahl der Lehrkräfte, die Musikunterricht als Neigungsfach erteilen, zum Beispiel auf 2.221, während 808 Grund- und Hauptschullehrer seinerzeit über eine reguläre Lehrerausbildung in diesem Fach

verfügten (Stand von 1996). Da Lehrkräfte, die Musik als Neigungsfach unterrichten, in steigendem Umfang aus Altersgründen aus dem Schuldienst ausscheiden und weil der Lehrernachwuchs aus grundständigen Studiengängen absehbar nicht ausreicht, um die dadurch entstehenden Lücken zu schließen, ist die Schaffung neuer Angebote zum Erwerb von Zusatzqualifikationen im Unterrichtsfach Musik zwingend erforderlich, wenn eine erhebliche Verschlechterung der Unterrichtsversorgung in diesem Bereich vermieden werden soll.

Dr. Ekkehard Klug
und Fraktion